

II - 4834 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2791J

1979 -12- 19

A n f r a g e

der Abgeordneten GRABHER-MEYER  
an den Herrn Bundesminister für Justiz  
betreffend behauptete Einflußnahme auf eine Gerichtsentscheidung

In den VORARLBERGER NACHRICHTEN vom 11.12.1979 wird in einem Artikel über eine bedauerliche Auseinandersetzung zwischen geschiedenen Eltern um ihr Kind berichtet. Bei dieser Kontroverse wurde letztlich sogar die Gendarmerie eingeschaltet, um das vom Gericht der Mutter zugesprochene Kind dem Vater abzunehmen. Die Mutter ist mit dem Kind nach Köln übersiedelt.

In dem Artikel wird u.a. behauptet, daß das Bundesministerium für Justiz in diesem Fall einen gewissen Einfluß ausgeübt haben soll.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Justiz die

A n f r a g e :

1. Ist das Bundesministerium für Justiz im Zusammenhang mit dem oben geschilderten Fall von irgendeiner Seite angerufen worden und hat es in der Folge irgendeinen Einfluß ausgeübt?
2. Ist an die zuständige Staatsanwaltschaft, die die Strafverfügung gegen den Kindesvater eingestellt hatte, eine Weisung auf Verfolgung des Vaters ergangen?